

Europa braucht einen eigenen Finanzminister

Dass Bundesfinanzminister Schäuble mit seiner Forderung nach einer Stärkung des Währungskommissars so viel Ablehnung erfährt, ist unverständlich. Brüssel braucht einen strengen Sparwächter. *Von Klaus F. Zimmermann*



Foto: dpa Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erntete Kritik für seinen Vorschlag die Rechte des Währungskommissars zu erweitern

Es sollte inzwischen klar sein, dass nur schlagkräftige fiskalische europäische Institutionen das europäische Projekt noch retten können. Gerade wer den schleichenden Marsch in eine verheerende europäische Transferunion fürchtet, muss an klaren Regelungen und einer effizienten Praxis in der europäischen Wirtschaftspolitik interessiert sein.

Denn in der Not wird derzeit die Europäische Zentralbank immer mehr zur europäischen Wirtschaftsregierung. Sie ist gleichzeitig zentraler Akteur für Geld- und Fiskalpolitik sowie für die Regulierung der Finanzmärkte.

Dies alles ist demokratisch unkontrolliert und langfristig von der Gefahr der Überforderung und eines Vertrauensverlusts bedroht. Siechtum oder der Zerfall Europas sind also die Alternativen zu dem nötigen fiskalpolitischen Reformkraftakt.

Idee eines europäischen Finanzministers

Es war nicht zuletzt Jean-Claude Trichet, seinerzeit scheidender Präsident der Europäischen Zentralbank, der bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises am 2. Juni 2011 in Aachen radikal neue Spielregeln für die Euro-Länder gefordert hatte. Um nicht nur aus der aktuellen Misere herauszukommen, sondern nachhaltig neue Schuldenrisiken zu verhindern, hatte er die Idee eines europäischen Finanzministers ins Spiel gebracht und unter anderem vorgeschlagen, bei anhaltenden Haushaltsproblemen nationale Zuständigkeiten von den betreffenden Staaten auf die europäische Ebene zu übertragen.

Danach sollte sich ein eigenständiges Finanzministerium in Brüssel um die Haushaltspolitik und Wettbewerbsfähigkeit ebenso kümmern wie um den zersplitterten Finanzsektor. Und es sollte die EU in den internationalen Institutionen vertreten. Er folgte dabei Vorschlägen, die seit Jahren in der Wissenschaft als notwendig diskutiert wurden.

Auch Bundesbank-Präsident Jens Weidmann hat noch im Juni dieses Jahres den Kern einer notwendigen Fiskalunion beschrieben, der darin besteht, einer übergeordneten europäischen Institution das Recht zu gewähren, jedem Mitgliedsland Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen nicht nur vorzuschlagen, sondern auch aufzuerlegen.

Visionen statt ermüdendes Kleinklein

Deshalb ist die breite Ablehnung, die jetzt der deutsche Finanzminister mit seiner Forderung nach einem europäischem Finanzminister erfuhr, wenig verständlich. Wolfgang Schäuble hat diesen kühnen Kerngedanken erneut in die realpolitische Arena getragen und mit Verve auf die europäische Zukunftsagenda gesetzt.

Er hat damit nur das getan, wozu viele in Europa und der Welt Deutschland auffordern, nämlich Führung und Initiative zu zeigen. Das erwarten viele enttäuschte und verunsicherte Bürger von der Politik: Eine Vision aufzuzeigen, anstatt sich von Gipfel zu Gipfel im ermüdenden Klein-Klein zu verlieren.

Zeigt sich doch schon jetzt, dass die aktuellen Reformpläne, die derzeit EU-Kommission, Europäischer Rat und Europäische Zentralbank auftragsgemäß in einem gemeinsamen Paket zusammenschnüren, nicht sehr viel mehr sein werden als der kleinste gemeinsame Nenner unterschiedlichster Interessen in einem Kreis von 27 Partnern.

Flexible Abwehrmechanismen, strukturelle Vorbeugung

Wir erkennen inzwischen sehr deutlich, dass wirtschaftliche Schocks und Ungleichgewichte in einem Euro-Land schneller und intensiver auf die gesamte Gemeinschaft durchschlagen, als dies in der Euphorie bei der Einführung des Euro erkennbar war. Gegen das Risiko von ökonomischen und fiskalpolitischen Domino-Effekten helfen nur flexible Abwehrmechanismen und strukturelle Vorbeugung.

Die Hoffnung, dass dazu eine größere Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb des europäischen Binnenmarktes beitragen könnte, ist durch die Praxis jedenfalls bisher widerlegt. Die angesichts der hohen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit in den Ländern eher geringe Wanderung gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zeugt davon.

"Sparkommissar" gegen "Schuldensünder"

Eine Währungsunion kann auf Dauer nicht ohne eine politische Union funktionieren. Der Vorschlag von Wolfgang Schäuble ist deshalb ein weiterer Schritt in Richtung Fiskalunion: Er will den Währungskommissar zu einer Instanz aufwerten, die autonom in die Haushalte der Mitgliedsstaaten hineinwirken kann, wenn gegen die gemeinsamen Regeln verstoßen wird.

Gegen solche Verstöße setzt der Bundesfinanzminister sein Diktum: "Der Haushaltskommissar muss künftig weltweit so gefürchtet sein, wie es der EU-Wettbewerbskommissar kraft seiner Unabhängigkeit heute schon ist." Er folgt damit einer auch in anderen politischen Bereichen bewährten Logik: Je schärfer das Schwert, desto geringer das Risiko seines Einsatzes.

Im Angesicht eines von Brüssel aus kontrollierenden "Sparkommissars" werden es sich "Schuldensünder" künftig doppelt genau überlegen, in ihren Haushalten zu tricksen und die gesamte Gemeinschaft durch aus dem Ruder laufende Defizite zu gefährden. Er wäre im Sinne eines "Frühwarnsystems" zugleich auch für das Schulden-Monitoring verantwortlich.

Europa ringt sich langsam zur Schuldenbremse durch

Die Institution eines europäischen Finanzministers ist ein politisches Symbol, er wird aber die Probleme der Euro-Zone alleine nicht lösen können. Seine Stellung muss deshalb gestärkt werden.

Die Überwachung der Finanzpolitik könnte durch ein unabhängiges Expertengremium unterstützt werden, das etwa beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) angesiedelt wäre und eine regelmäßige Evaluierung der nationalen Budgetplanungen zur Einhaltung der vorgesehenen Schuldenbremse vornehmen sollte. Eine solche zentrale Institution wäre stark genug, um das notwendige politische Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank zu bilden, die sich auf ihre eigentliche Aufgabe als unabhängige Hüterin der Geldwertstabilität konzentrieren könnte.

Schäubles Vorstoß ist aber auch aus einem weiteren Blickwinkel wichtig: Die Lösung der Schuldenkrise ist nicht nur für Europa, sondern für die meisten entwickelten Wirtschaftsregionen der Welt die Schicksalsfrage Nummer eins. Europa ringt sich erst langsam Land für Land zur Idee der Schuldenbremse durch.

Das wäre auch global der richtige Ansatz, wie eine IZA-Studie festgestellt hat. Europa sollte deshalb ein Zeichen setzen. Ein zum "Finanzminister" aufgewerteter Währungskommissar mit einer gestärkten fiskalpolitischen Institution im Rücken könnte den Erfolg der Schuldenbremse sicherstellen. Sonst bliebe sie nur eine schöne Deklaration.

Der Autor ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und berät unter anderem Europäische Kommission und Weltbank.